



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

16. August 2019

# Wochenbericht KW 33

**forsa | Emnid | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union bei 27 % bzw. 26 %, SPD bei 14 % bzw. 12 % Grüne bei 25 % bzw. 22 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Problemlösungskompetenz:	Union und Grüne gleichauf
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Umwelt-/Klimaschutz am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung beim Datenschutz negativer Handlungsbedarf wird besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Knapp sechs von zehn Bürgern sehen Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber noch immer deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema Bundesregierung:	Umwelt-/Klimapolitik
Wichtigste Themen:	Umweltpolitik/-schutz und Klimawandel

*Steffen Seibert*

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS
CDU/CSU	26 (-1)	27 (+1)
SPD	12 (-1)	14 (-)
FDP	8 (-1)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	25 (+2)	22 (-)
AfD	13 (-)	14 (-)
Sonstige	8 (+1)	6 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.	08.-14.08.

Die Union liegt bei forsa 14 (-) und bei Emnid 13 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	16 (-1)
Scholz	27 (-1)
Kramp-Karrenbauer	16 (-1)
Habeck	28 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 11 (-) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 12 (+2) Prozentpunkte hinter Robert Habeck.

39 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 19 % (-3) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 56 % (-3) für Scholz und 11 % (+2) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 37 % (-6) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (-2) für Habeck aus; von den Anhängern der Grünen präferieren 54 % (-8) Habeck und 8 % (-) Kramp-Karrenbauer.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.08.2019)

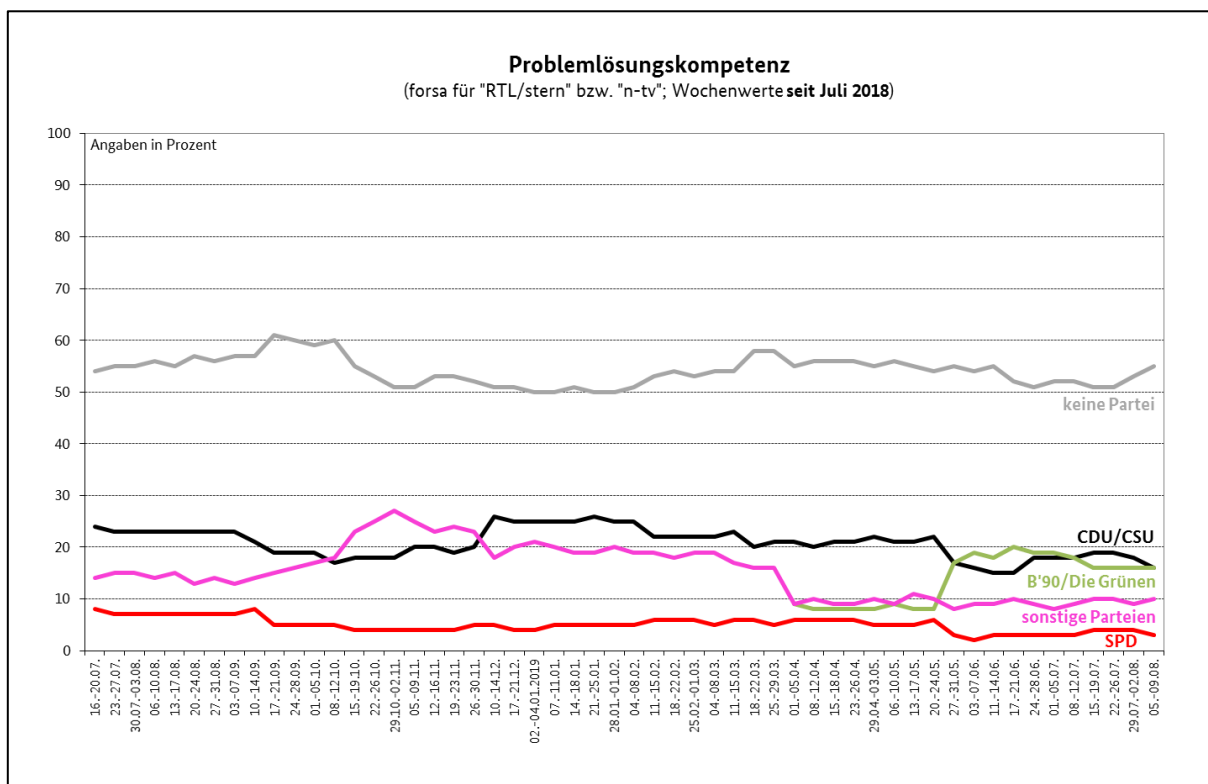
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	16	(-2)
SPD	3	(-1)
Grüne	16	(-)
sonstige Parteien	10	(+1)
keine Partei	55	(+2)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 13 Prozentpunkte vor der SPD und gleichauf mit den Grünen.

Allerdings trauen 55 % (+2) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2019

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-2)	30 (+5)	1 (-1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	69 (+5)	27 (-3)	3 (-1)	1 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	64 (-1)	32 (-)	2 (-1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-4)	31 (+1)	4 (+2)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	61 (-2)	33 (+1)	4 (-)	2 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	60 (+3)	36 (-1)	3 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+1)	38 (-1)	6 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (-)	36 (-2)	6 (+1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+6)	41 (-3)	7 (-1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (+3)	38 (-2)	10 (-2)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+6)	37 (-3)	13 (-2)	3 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (+8)	44 (-5)	10 (-2)	1 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	41 (+9)	46 (-)	8 (-5)	3 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (+3)	41 (-2)	14 (-)	3 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (-7)	44 (+6)	11 (-1)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (-1)	47 (-3)	16 (+4)	2 (-1)
neue Technologien fördern	32 (-7)	54 (+9)	11 (-2)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-)	51 (+2)	12 (-3)	3 (+1)
Verbraucherschutz stärken	29 (+5)	52 (-5)	14 (-2)	3 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+1)	49 (-4)	19 (+1)	6 (+3)
Staatsschulden begrenzen	23 (+1)	50 (-3)	20 (+2)	4 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	18 (-5)	60 (+7)	16 (-)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-13.08.			

Die Bildungspolitik und der Umwelt- bzw. Klimaschutz sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die Bildungspolitik wird von Anhängern der Linkspartei (89 %) und der SPD (80 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von Anhängern der Grünen (91 %), der Linkspartei (84 %) und der SPD (78 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (78 % zu 59 %) und unter 30-Jährige häufiger als über 30-Jährige (84 % zu 64 %). Hingegen halten Ostdeutsche (55 %) sowie Anhänger der AfD (24 %) und der Union (55 %) den Umwelt- bzw. Klimaschutz seltener für sehr wichtig.

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im August 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2019

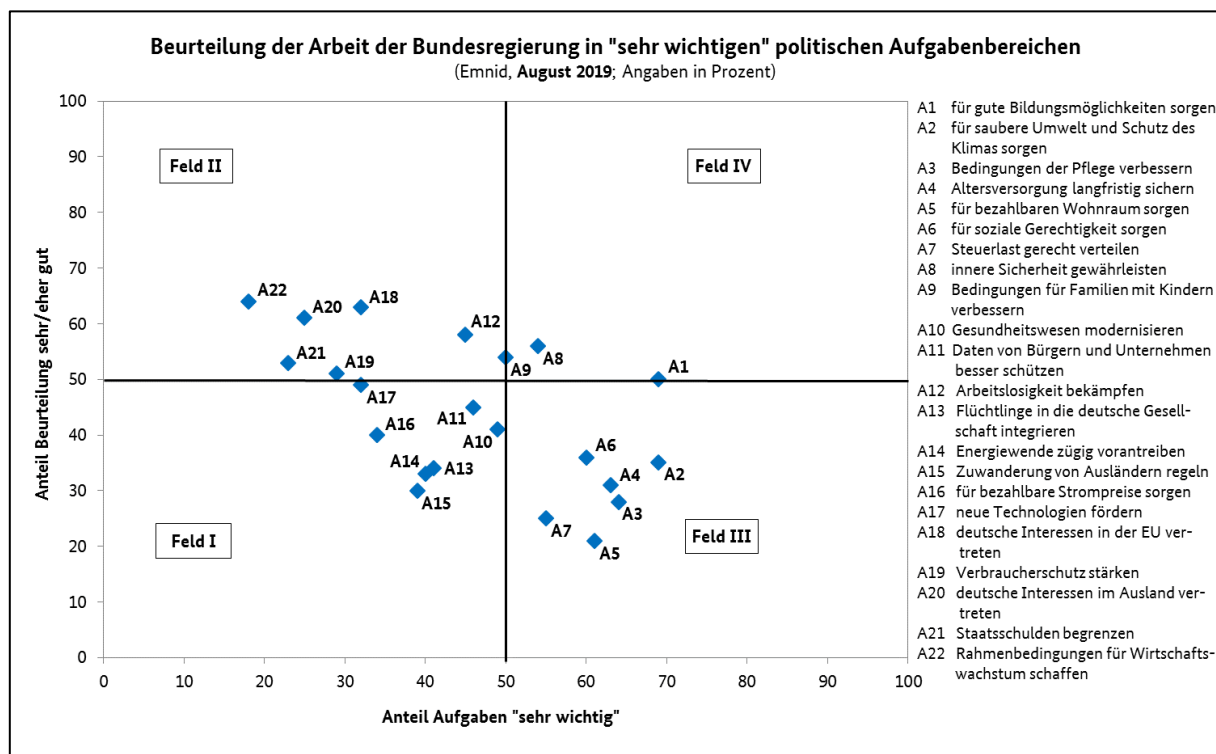
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	64 (+2)	27 (-3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (+4)	31 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	61 (-2)	31 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	58 (-2)	37 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (+1)	40 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (-1)	40 (+1)
Staatsschulden begrenzen	53 (-2)	37 (+2)
Verbraucherschutz stärken	51 (+1)	41 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	50 (-)	45 (-2)
neue Technologien fördern	49 (-4)	39 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (-8)	46 (+5)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (+1)	54 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-3)	50 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	36 (-1)	60 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	35 (-5)	61 (+3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (+1)	62 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	33 (-2)	61 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	31 (+4)	64 (-4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	30 (-1)	66 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	28 (-4)	67 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	25 (-2)	69 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	21 (+1)	75 (-2)
Erhebungszeitraum	07.-13.08.	

Lediglich in 9 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (64 %) sowie die Vertretung deutscher Interessen in der EU (63 %) und im Ausland (61 %).

Im Politikfeld "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" ist im Vergleich zum Vormonat der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, um 8 Prozentpunkte gesunken.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im August 2019

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A5), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), im Aufgabenbereich „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A3), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), beim Umwelt- und Klimaschutz (A2) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A6).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist; in diesem Monat lediglich der Aufgabenbereich „innere Sicherheit gewährleisten (A8)“. Die Bildungspolitik (A1) liegt auf der Grenze zwischen **Feld III** und **IV**, da genau die Hälfte der Deutschen in diesem Bereich die Arbeit der Bundesregierung als gut einschätzt. Gleichzeitig wird das Thema als wichtigste politische Aufgabe gesehen.

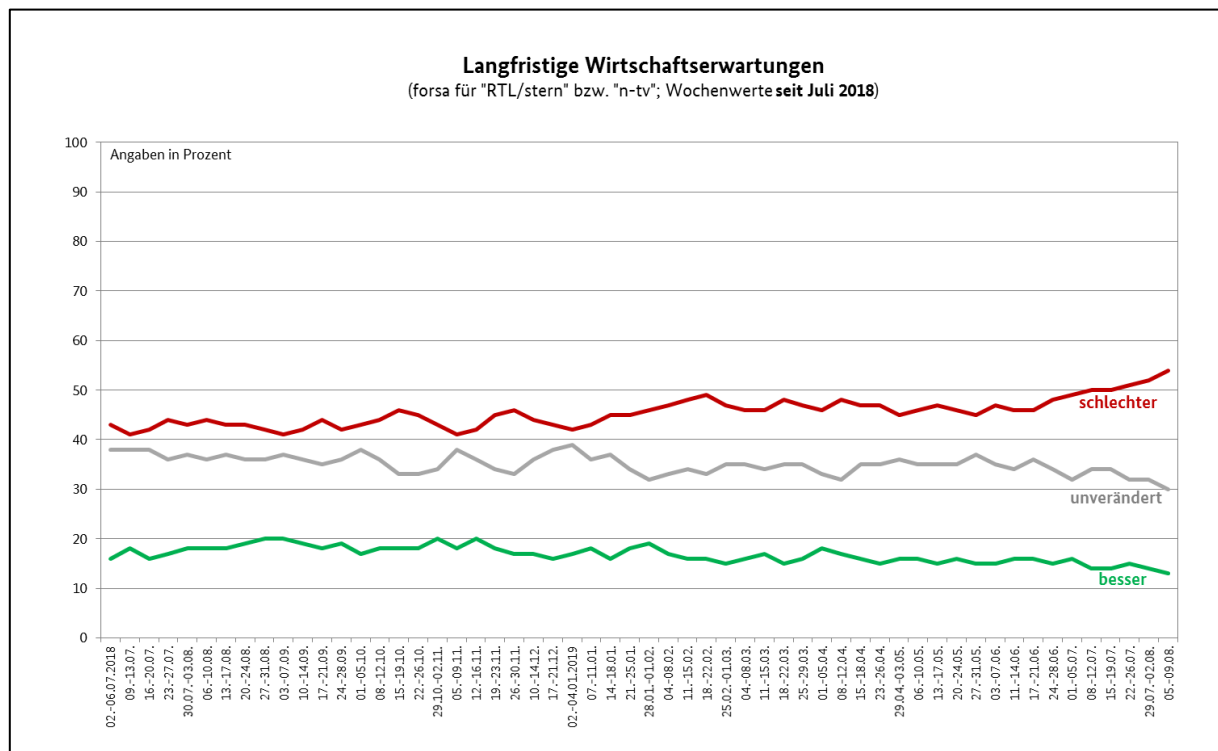
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	13	(-1)
schlechter	54	(+2)
unverändert	30	(-2)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen verschlechtern sich weiterhin.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt mittlerweile um 41 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



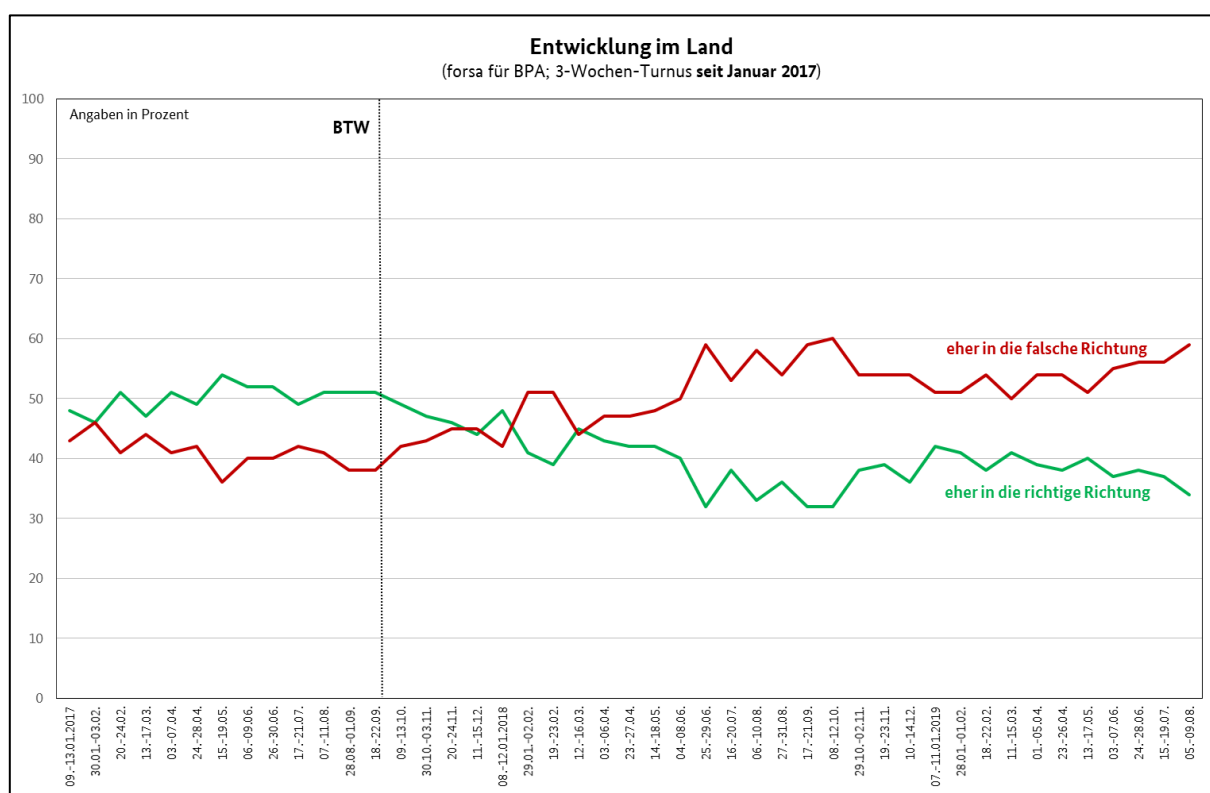
## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	34 (-3)
eher in die falsche Richtung	59 (+3)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.

Anhänger der Union und der Grünen (jew. 46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für 45- bis 59-Jährige (67 %) sowie Anhänger der AfD (92 %) und der Linkspartei (73 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.





## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität in Deutschland	83 (-2)	16 (+2)
Lage am Arbeitsmarkt	68 (+2)	26 (-2)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	50 (-1)	49 (+1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42 (+3)	52 (-2)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	38 (-)	60 (+1)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	31 (+2)	66 (-2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	31 (-1)	67 (-)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	29 (-2)	66 (+3)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	27 (-1)	68 (-)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	20 (+1)	76 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.	

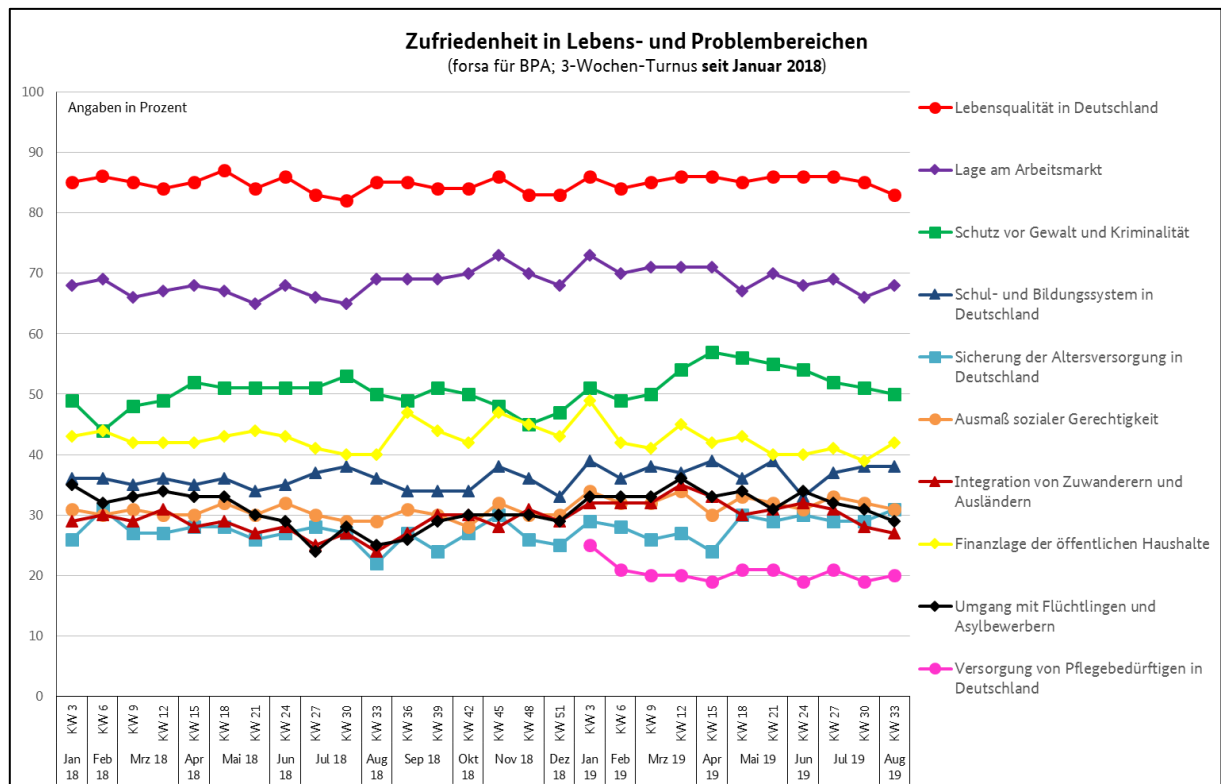
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (83 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (65 %) und der Linkspartei (63 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (59 % zu 26 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (58 % zu 43 %). Ostdeutsche (58 %) und Anhänger der AfD (83 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (74 %) und 45- bis 59-Jährige (67 %) sowie Anhänger der Linkspartei (74 %) sind besonders oft unzufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem.

45- bis 59-Jährige und Mittelverdiener (jew. 75 %) sowie Anhänger der Linkspartei (89 %) und der AfD (78 %) sind häufiger unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (73 %) und Anhänger der AfD (78 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (73 % zu 58 %).

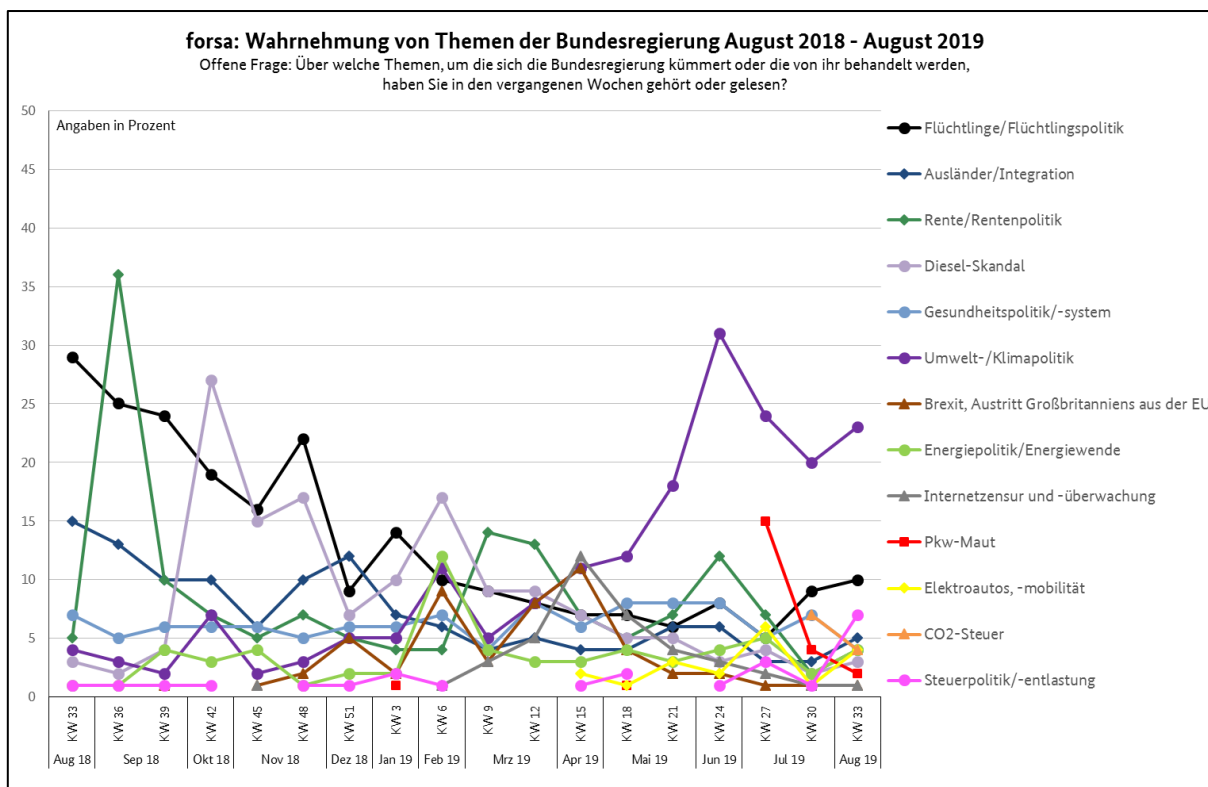


## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA
Umwelt-/Klimapolitik	23 (+3)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	10 (+1)
Steuerpolitik/-entlastung	7 (+6)
Ausländer/Integration	5 (+2)
Erhebungszeitraum	05.-09.08.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (29 % zu 16 %).



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Umweltpolitik/-schutz	15 (+6)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß	15 (+2)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	11 (-3)
Erhebungszeitraum	13.-14.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am häufigsten mit der Umweltpolitik bzw. dem Umweltschutz und dem Klimawandel; allerdings entfallen auf die Flüchtlingspolitik nur geringfügig weniger Nennungen.

Über 65-Jährige (21 %) nennen die Umweltpolitik bzw. den Umweltschutz überdurchschnittlich oft. Personen mit hoher formaler Bildung und Anhänger der Grünen (jew. 22 %) erwähnen den Klimawandel überdurchschnittlich häufig. Anhänger der AfD (27 %) und der Linkspartei (25 %) beschäftigen sich besonders oft mit der Flüchtlingspolitik.

